

PRESSEMITTEILUNG

09. November 2015

Wer profitiert vom Migrantendrama?

Wiesbaden – Wer verdient an der Massenmigration, die Deutschland in eine tiefe Krise gestürzt hat? Diese Frage untersucht der Deutsche Arbeitgeberverband DAV in einer Untersuchung und hat das Ergebnis veröffentlicht. Es sind nicht nur die internationalen Schleuserbanden, die aus dem Schicksal vieler Menschen ein Milliongengeschäft generiert haben. Auf den gewinnbringenden Zug sind mittlerweile auch viele andere Gruppe gesprungen.

Nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes kostet die Betreuung eines Asylsuchenden je nach Bundesland und Gemeinde zwischen 10.000 und 14.000 Euro pro Jahr.

Von diesem Geld allerdings sehen die Asylbewerber relativ wenig. Ein alleinstehender Erwachsener erhält 216 Euro Grundversorgung und 143 Euro Taschengeld, also 359 Euro pro Monat bzw. 4.308 Euro pro Jahr. Diese Sätze sind entsprechend dem Asylleistungsgesetz in Deutschland geregelt. Zieht man diese Summe von den eingangs genannten Kosten ab, bleiben bei einer Million Zuwanderer sehr konservativ gerechnet rund 7,5 Milliarden Euro alleine für das Jahr 2015 zu verteilen.

Betreiber von alten Hotels, Caterer und Wohlfahrtsverbände freuen sich

Der DAV weist darauf hin, daß vor allem das Geschäft von Betreuern und Betreibern von Aufnahmeeinrichtungen sowie Caterer plötzlich in ungeahnte Höhen geschneilt ist. Auch Besitzer alter, ausgedienter Hotels wittern ihre Chance und vermieten Hotelzimmer teilweise für mehr als 5200 Euro pro Monat, wie Spiegel TV berichtet. „Die Wohlfahrtsverbände lassen sich ihren christlichen Auftrag mit staatlichen Geldern großzügig entlohnen“, stellt Fabian Grummes, der Autor der Untersuchung, fest.

Sinnigerweise entscheiden auch die kirchlichen Wohlfahrtsverbände mit darüber, ob Wohnungen von Privatleuten die Anforderungen erfüllen und an Asylsuchende vermietet werden können, ein Hebel, um sich unliebsame Konkurrenz vom Hals zu halten.

Grummes: „Es verwundert daher nicht, dass die Wohlfahrtsverbände schon lange mit einschlägigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie proAsyl kooperieren und für eine deutliche Lockerung der gesetzlichen Asyl- und Duldungsregeln eintreten.“ Der Theologe Friedrich Wilhelm Graf formuliert hinsichtlich dieses Verhaltens insgesamt treffend: „Die Wohlfahrtsverbände sind erfolgreich darin, Krisenphänomene erst zu erfinden, um dann die Leistungen zu ihrer Lösung anzubieten.“

75 Milliarden Euro pro Jahr

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet mit Kosten von rund 45 Milliarden, die die Einwanderungsbewegung die Steuerzahler kostet. Im European Council on Refugees and Exiles (ECRE) widmet sich dem Migrations- und Fluchtthema gleich ein ganzes Netzwerk von insgesamt 90 NGOs. Auch hier werden mit sehr viel Geld Projekte gefördert und koordiniert, die die Rechte von Asylsuchenden stärken sollen. Hier erfährt man auch, dass die EU für die laufende Periode ihre Ausgaben um fast 50% gegenüber der vorangegangenen Periode angehoben hat: der neugeschaffene Asylum, Integration and Migration Funds, aus dem sich auch das ECRE speist, wurde mit 3,17 Milliarden Euro ausgestattet. Auf deutscher Seite mit dabei: proAsyl sowie die Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie.

Genau diese NGOs, sei es proAsyl, Help e.V., Medico e.V. Flüchtlingsräte der Länder und viele, viele andere dienen dabei als Werkzeuge zur Durch- und Umsetzung einer politischen Agenda. Die EU bedient sich nicht nur im Bereich der Zuwanderung ganz bewusst NGOs. Der Hintergrund dieses Handelns der EU wurde bereits 2006 von den Migrationsforschern Efthimia Panagiotidis und Vassilis Tsianos formuliert:

„Der NGOisierungsprozess als ‚sanfte‘ Institutionalisierung der Krise bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Elemente in dem Prozess der neoliberalen Transformation der Staatlichkeit ist keinesfalls Schadensbegrenzung. Sie ist genuin produktiv, insoweit sie im Kontext der Europäisierung bzw. der Durchsetzung einer neuen erweiterten EU-Staatlichkeit stattfindet.“

Demnach also dienen die NGOs der Europäisierung. Sollte die Idee einer neuen Staatlichkeit tatsächlich hinter der massiven Förderung von Migration stehen, wird zumindest verständlich, weshalb die Politik überhaupt nicht auf die absehbare Entwicklung reagierte.

Der vollständige Artikel auf der Internetseite des Verbandes:

http://www.deutscherarbeitgeberverband.de/aktuelles/2015_11_09_dav_aktuelles_fluechtlinge-1.html

Über den Verband:	Pressekontakt:
Der Deutscher Arbeitgeber Verband e.V. (DAV) ist ein bundes- und europaweiter Zusammenschluss von Unternehmern und Entscheidungsträgern in unternehmerähnlichen Positionen (Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte) in bedeutenden Unternehmen sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und Politik. Der Verband wurde 1948 erstmals mit dem Ziel gegründet, die tragenden Prinzipien der freien Marktwirtschaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Seine Mitglieder schaffen und füllen Räume für unternehmerisches Handeln und Engagement. Der Verband hat keinerlei eigenwirtschaftliche Tätigkeiten.	Deutscher Arbeitgeber Verband e. V. Holger Douglas, Pressesprecher Unter den Eichen 7 65195 Wiesbaden Telefon: +49 (0) 611 20 48 - 599 Mobil: +49 (0) 160 99 16 89 59 Mail: hd@DeutscherArbeitgeberVerband.de Internet: www.DeutscherArbeitgeberVerband.de

Deutscher Arbeitgeber Verband e.V. | | Markt und Freiheit

Medienpark | | Unter den Eichen 7 | | 65195 Wiesbaden | | Tel.: +49 (06 11) 20 48 -599 · E-Mail: info@deutscherarbeitgeberverband.de
Braunschweigische Landessparkasse | | BLZ: 250 500 00 | | Konto: 2003 14482 | | BIC: NOLADE2HXXX | | IBAN: DE82 2505 0000 0200 3144 82
Vereinsregister des AG Wiesbaden | | Nr.: VR 6697 | | Vorstand: Peter Schmidt (Präsident), Lukas Walangitang (Vorsitzender)
Finanzamt Wiesbaden Steuer-Nr.: 40 / 224 / 0509 / 3 USt-ID: DE 290 218 054

www.DeutscherArbeitgeberVerband.de